

Keine Hilfe für finanzschwache Eltern

Neue Ausserrhoder Kantonsverfassung in Hundwil mit deutlichem Mehr angenommen

An der Landsgemeinde in Hundwil ist nicht wie von einem Komitee propagiert die neue Verfassung, sondern das Gesetz über Erwerbsersatzleistungen für finanzschwache Eltern durchgefallen. Der Entscheid fiel erst nach dreimaligem Mehren.

■ VON SILVAN LÜCHINGER,
HUNDWIL

«Den Werner Niederer können wir lassen. Die Marianne Kleiner hat sich bewährt und die Alice Scherrer auch. Es bleibt nur Hans Walter Schmid, der unangenehm ins Auge sticht.» Der junge Ausserrhoder, der wenige Minuten vor Beginn der Landsgemeinde seiner Mutter letzte Abstimmungsinstruktionen gab, blieb mit seiner Bewertung der Regierungsräte in der Minderheit. Alle sieben wurden ohne nennenswerte Opposition wiedergewählt. Wie die Männer mussten auch die beiden Frauen Marianne Kleiner und Alice Scherrer bei ihrer ersten Bestätigungswahl nur wenige Gegenstimmen hinnehmen.

Verfassung ohne Probleme

Anders als in Appenzell Innerrhoden wird an der Ausserrhoder Landsgemeinde über Sachvorlagen nicht mehr diskutiert. Die Schlacht um die neue Kantonsverfassung war deshalb vorher, mit Hunderten von Leserbriefen ausgetragen worden.

Auf der Landsgemeindewiese vor der Hundwiler Kirche war die Sache in Sekundenschnelle entschieden: Mit deutlicher Mehrheit stimmte das Volk dem neuen Grundgesetz zu. Das «Aktionskomitee für eine demokratische Kantonsverfassung», welches für die Rückweisung des Verfassungsentwurfs und für die Zulassung von Urnenabstimmungen in speziellen Fällen geworben hatte, erhielt höchstens ein Drittel der Stimmen.

Mit der neuen Verfassung hat die Landsgemeinde eine noch stärkere Stellung als bisher. So wird künftig auch der einzige Ständerat des Halbkantons mit offenem Handmehr gewählt. Weitere Neuerungen sind ein Grundrechte-Katalog, 300 statt wie bisher 63 Unterschriften für eine Initiative und die feste Zahl von 65 Kantonsräten. Den Gemeinden ist es freigestellt, auf ihrer Ebene das Ausländerstimmrecht einzuführen. Wenn die Befürworter von Urnenabstimmungen an ihrem Ziel festhalten wollen, müssen sie jetzt eine Initiative starten. Zu befinden hätte darüber wiederum die Landsgemeinde.

Kantonsräte mussten mitzählen

Obwohl es im Vorfeld weitgehend im Schatten der Verfassungsdiskussion gestanden hatte, wurde das Gesetz über Erwerbsersatzleistungen für finanzschwache Eltern nicht unerwartet zum spannendsten Geschäft einer ansonsten «langweiligen» Landsgemeinde.

Mit der höchsten in Ausserrhoden je gezählten Unterschriftenzahl hatte ein breit abgestütztes, vorwiegend von Frauen getragenes Initiativkomitee den Stein ins Rollen gebracht. Das Begehren wurde zurückgezogen, als der Regierungsrat einen leicht abgeschwächten, aber immer noch griffigen Gesetzesentwurf vorlegte. Dieser hätte es ermöglicht, wirtschaftlich schlecht gestellten Eltern nach der Geburt eines Kindes während höchstens 12 Monaten finanziell unter die Arme zu greifen.

Schon im Kantonsrat hatte die Vorlage nur eine dünne Mehrheit erreicht. Am Sonntag wurde in Hundwil zweimal abgestimmt, ohne dass die Regierung auf dem «Stuhl» eine befürwortende oder ablehnende Mehrheit ausmachen konnte. Für das dritte «Mehren» wurden schliesslich drei Kantonsräte aus dem Ring herausgerufen und zu Mit-Stimmenzählern ernannt. Erst jetzt erklärte der zuvor wiedergewählte Landammann Hans Höhner die Vorlage für gescheitert.

Schlicht in Schwarz und Weiss

Mit diesem Nein steht Ausserrhoden in der Ostschweiz nicht allein. Vor wenigen Monaten hat der Thurgau eine ähnliche Lösung an der Urne klar verworfen.

Kein Thema war in Hundwil die Kleiderfrage. Marianne Kleiner und Alice Scherrer hatten sich für ihren ersten Auftritt als amtierende Regierungsrätinnen erwartungsgemäss für ein schwarzes Kostüm mit weisser Bluse entschieden. Ob bei Regen ein Schirm der Würde der Landsgemeinde zumutbar oder ein Hut doch schicklicher wäre, musste nicht beantwortet werden – der Himmel über Hundwil, obwohl grau verhangen, blieb trocken. Zur Freude vor allem der Wirte, die entlang der Zufahrtswege und im Landsgemeindedorf selber jeden verfügbaren Stuhl ins Freie gestellt hatten. Der letzte Aprilsonntag ist eben – bei aller Ernsthaftigkeit – auch ein umsatzstarker Tag. Was die Landsgemeinde entscheidet, ist dabei für den «Bären» oder den «Hirschen» weniger wichtig. Nur regnen darf es nicht.